

Für mehr Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsberatung

SPD beantragt Bürgerhaushalt für Stuttgart

Wie funktioniert der Bürgerhaushalt?

Bürgerinnen und Bürger reichen zu den Haushaltsberatungen Vorschläge über Investitionen und zu den laufenden Kosten der Kommune ein. Sie diskutieren in Stadtteil-Versammlungen, in den Bezirksbeiräten und per Internet die gemachten Vorschläge und erstellen eine Rangliste.

4. Stadtteil- und Quartiers-Versammlungen,
5. Schaffung einer elektronischen Plattform zur Sammlung der Vorschläge und zur Bewertung durch die Bürger/innen sowie zur Offenlegung der Entscheidungs- und Durchführungs-Prozesse,
6. Einsetzung eines Beratungsgremiums mit Vertretern/innen der bürgerschaftlich engagierten Gruppen und von Institutionen.

Es gibt keine eng definierten Vorgaben. Das Verfahren muss aus einem Diskussionsprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung bestimmt werden. Es kann schrittweise umgesetzt und stetig weiterentwickelt werden.

Wichtige Bestandteile sind:

1. Das Nebeneinander verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten (Stadtteil-bzw. Quartiers-Versammlungen, schriftliche Befragung, telefonische und online-Beteiligung u.a.) und gezielte, aufsuchende Verfahren für bestimmte Gruppen und Quartiere (Nutzung der Soziale-Stadt-Strukturen, besondere Beteiligungs-Verfahren für Jugendliche, Senioren, Migranten u.a.) soll eine möglichst repräsentative Beteiligung aller sozialen Gruppen sicherstellen;
2. gezielte, systematisch sichtbare und aktive geschlechtergerechte Beteiligung
3. gezielte Beteiligung und Stärkung der Bezirksbeiräte.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat im Oktober mit einer öffentlichen Veranstaltung im Rathaus und mit einem entsprechenden Antrag im Gemeinderat den Anstoß dazu gegeben, dass nach anderen Großstädten wie Essen, Frankfurt, Hamburg, Köln auch in Stuttgart das Verfahren des Bürgerhaushalts diskutiert und beschlossen wird, damit

hierdurch ein wichtiger Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung möglich wird.

Für Sie vor Ort aktiv

■ **Jürgen Guckenberger**
Ortsvereinsvorsitzender
juergen.guckenberger@gmx.com

■ **Ralf Brodda**
Stellv. Vorsitzender, Sprecher der Bezirksbeiratsfraktion
brodda.schlieter@t-online.de

■ **Hans-Hermann Pfeifer**
Stadtrat
hans.pfeifer@stuttgart.de

■ **Dominik Schmeiser**
Sprecher der Juso-AG West
dominik.schmeiser@jusos-stuttgart.de

■ **Ihre SPD-West im internet**
www.spd-stuttgart-west.de
spd-stuttgart-west@web.de

Impressum

■ **Herausgeber**
SPD Ortsverein Stuttgart-West

■ **V.i.S.d.P.**
Jürgen Guckenberger, Schlossstraße 67, 70176 Stuttgart

■ **Redaktion**
Marcus Brucker, Pflasterackerstraße 15, 70186 Stuttgart

■ **Artikel**
Dr. Heinrich Schneider, Margrit Gregorian, Judith Zängle-Koch, Dejan Perc, Marcus Brucker

■ **Druck**
GuS-Druck GmbH Stuttgart

■ **Auflage**
10.000 Exemplare

Das Letztentscheidungsrecht bleibt auf der Grundlage der Gemeindeordnung beim Gemeinderat; dieser legt aber Rechenschaft ab, wie und warum so oder so über die Vorschläge der Bürgerschaft entschieden wurde und wie die Vorhaben gegebenenfalls umgesetzt werden. Damit nehmen die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich und konkret Einfluss auf Haushalt und Stadtentwicklung, es entwickelt sich ein öffentlicher Diskurs über politische Schwerpunkte, das bürgerschaftliche Engagement wird gestärkt. (Ausführliche Informationen finden sich auf der von der Bundeszentrale für politische Bildung verantworteten Homepage www.buergerhaushalt.de)

Grundvoraussetzung für das Verfahren ist der breite politische Wille im Gemeinderat und in der Verwaltung, die Vorschläge aus der Bürgerschaft ernst zu nehmen und bei den Entscheidungen über die Vorschläge Rechenschaft abzulegen. Weitere Voraussetzungen sind:

1. Bereitstellung von Finanzen und Personal für Vorbereitung und Durchführung,
2. breite Informations- und Motivations-Kampagne (sog. „Verständlicher Haushalt“ u.a.),
3. Fortbildung von interessierten Bürgern/innen zur Einführung in Haushaltsrecht, zur Schulung von Moderatoren/innen und Prozess-Begleitern/innen,

WEST-NACHRICHTEN



Die Stadtteilzeitung der SPD Stuttgart-West

Nr. 46/November 2010

Für eine Volksabstimmung

Die SPD will die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidung um S21 einbinden

Kaum ein anderes Thema beschäftigt die Stadt derzeit so sehr wie Stuttgart 21. Es gibt selten Diskussionen, die nicht zumindest auch dieses Thema streifen. In der Stadt sieht man allenthalben bekennende Gegnerinnen und Gegner wie man auch auf ebenso bekennende BefürworterInnen stößt. Nun kann man mit gutem Recht einwenden, dass das Projekt seit Jahren im Raum steht und dass es alle rechtlich vorgesehenen Beteiligungs- und Beschlussphasen durchlief. Und trotzdem scheint dies einer großen Zahl von Menschen nicht zu reichen. Sie sehen sich und ihre Einwände nicht ernsthaft gewürdigt. Es treibt sie so sehr um, dass sich dieser Unmut zu einer veritablen Bürgerbewegung entwickelt hat. Jeden Montag und zusätzlich am Freitag oder Samstag eine weitere Demonstration dieser Größenordnung auf die Beine zu stellen, schien – in Stuttgart zumal – geradezu undenkbar.

Unsere rechtsstaatlichen Verfahren beruhen auf der Idee, dass die Menschen das Ergebnis dann eher akzeptieren, wenn sie am Verfahren selbst beteiligt sind. Diese Legitimation durch Verfahren stößt aber offensichtlich dort an ihre Grenzen, wo die Beteiligung Jahre, beinahe Jahrzehnte zurückliegt, wo es nunmehr andere handelnde Akteure gibt und wo es zu fundamentalen Veränderungen in den Rahmenbedingungen gekommen ist (Stichwort Finanzkrise). Die Politik muss also neue Formen der Beteiligung und



Dejan Perc - Ihr Landtagskandidat

Entscheidungslegitimation finden, wenn sie nicht gegen den Willen eines erheblichen Teils der Bevölkerung agieren will.

Die SPD schlägt daher vor, dass im Rahmen einer Volksabstimmung darüber von der baden-württembergischen Bevölkerung befunden wird. Dieses Verfahren ist anspruchsvoll, weil die Landesverfassung nur wenige direktdemokratische Elemente vorsieht. Deswegen wurde das Verfahren juristisch geprüft – von zwei Rechtsprofessoren und dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Alle kommen zu dem Schluss, dass das aufgezeigte Vorgehen rechtlich möglich ist.

Die SPD schlägt die Volksabstimmung folglich in der Absicht vor, den Willen der Bevölkerung rechtswirksam in den Prozess einfließen

zu lassen und somit auch eine definitive Positionierung des Landes zur Frage der finanziellen Beteiligung an S 21 vorzunehmen.

Einen entsprechenden Antrag der SPD-Landtagsfraktion hat die CDU-FDP-Koalition vor Kurzem abgelehnt und damit gezeigt, wie wenig bereit sie ist, sich auf die Menschen einzulassen, und wie wenig sie selbst auf die Überzeugungskraft ihrer Argumente vertraut.

Angesichts der Verhärtung der Lager scheint aber keine andere Lösung denkbar, die sich dauerhaft befriedend auswirken könnte, als die, die mit der Schlichtung beginnt und nach Darstellung wie Abwägung aller Vor- und Nachteile in der Volksabstimmung ihren positionierenden Schlusspunkt findet. Diese Entscheidung muss, so oder so, von beiden Seiten getragen werden.

Es ist wichtig, dass es zu dieser Frage eine eigene Abstimmung gibt. Das Kalkül der Bundeskanzlerin, die die Landtagswahl gerne zur Volksabstimmung umdeuten möchte, darf insoweit nicht aufgehen, als eine Landtagswahl bei aller Wichtigkeit von S 21 doch mehr ist – dort wird entschieden, wie die Politik im Gesamten für die kommenden fünf Jahre aussehen soll. Und da müssen die Menschen abwägen können, wie sozial, wie gerecht, wie solidarisch die Politik in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Energie und Integration sein soll.

Für mehr Spielspaß

Jusos-West stellen ihren dritten Spielplatzkatalog vor

Nach 2006 und 2007 haben die Jusos im Westen auch 2010 wieder einen Spielplatzkatalog erarbeitet. Im „AuswärtsSpiel 2010“ finden sich nach Begehung aller Spielflächen im Bezirk auch dieses Mal wieder große Unterschiede zwischen den einzelnen Flächen.

Bei der Begehung wurden nicht nur die Geräte begutachtet und ausgiebig getestet, neben Kriterien wie Sicherheit und Sauberkeit spielten auch Gespräche mit Eltern und Kindern vor Ort eine wichtige Rolle.

Schöne Spielplätze gibt es einige, allerdings leider hauptsächlich in den „besseren Wohnlagen“ des Westens. Es gibt ein unterschiedliches Niveau, das sich in den sozialen Strukturen widerspiegelt.“ so Dominik Schmeiser, Sprecher der Juso AG West.

Zum dritten Mal in Folge völlig durchgefallen ist die Fläche am Diakonissenplatz. Hier hat sich der Zustand seit 2006 praktisch nicht



Im Praxistest: Die Jusos-West haben alle Spielflächen im Bezirk untersucht

verbessert. Die winzige Jugendspielfläche ist nach wie vor verkommen und vermüllt. Ein vernünftiges Gesamtkonzept für die Anlage ist nicht in Sicht, es bleibt nur die Hoffnung, dass ein Wegzug der Jugendverkehrsschule doch noch möglich wird und so das ganze Areal neu

beplant werden kann.

Positiv stimmt aber auch das aktuelle Sanierungsprogramm der Stadt auf den Flächen Leipziger Platz, Zamenhof und an der Hauptmannsreute.

Den Katalog gibt's unter www.jusos-stuttgart.de/west zum download

Für neues und sozialeres Wohnen im Westen

Planungswettbewerb für das Olgäle wird noch 2010 ausgelobt

Ab dem Jahr 2013 wird das im Olgahospital ansässige Kinderkrankenhaus auf dem Areal des Katharinenhospitals untergebracht. Daher kann ein 1,4 ha großes Baufeld zwischen Bismarck- / Hasenberg- / Breitscheid- und Senefelderstraße neu geordnet werden. Nach Abbruch der Klinik mit ihren Nebengebäuden soll hier vorwiegend Wohnen, aber auch Büro- und Einzelhandel sowie eine Kindertagesstätte realisiert werden. Um hierfür innovative Ideen zu sammeln, wird die Stadt Stuttgart noch in diesem Jahr einen offenen städtebaulichen Planungswettbewerb ausloben. Die Ergebnisse werden im April 2011 zu sehen sein. Bereits im Jahr 2007 haben sich interessierte BürgerInnen zum Ziel

gemacht, schon frühzeitig an der Gestaltung des neuen Quartiers mitzuwirken. 2008 organisierte die Initiative „Projektgruppe Olgäle2012“ im Bürgerzentrum eine Zukunftswerkstatt, an der 150 BürgerInnen teilnahmen. Ein Leitbild für das zukünftige Quartier wurde erstellt. Lebendiges, durchmischtes, vielfältiges Wohnen unter frühzeitiger Beteiligung zukünftiger Bewohner soll entstehen. Sieben interessierte Baugemeinschaften und eine MieterInnengemeinschaft haben sich innerhalb der Initiative zusammengefunden. Die Initiative trifft sich immer am letzten Montag im Monat, um 19.30 Uhr im Generationenhaus West, Ludwigstr. 41. Interessierte BürgerInnen sind herzlich eingeladen. Weitere Infos findet man unter:

www.olgaele2012.de.

Die besondere Qualität dieses zukünftigen Wohnquartiers liegt in seiner zentralen Lage und der Fülle der bereits bestehenden, umgebenden Versorgungseinrichtungen, wie z.B. Läden, Spiel- und Grünflächen, private und öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen, sämtliche Schularten sind hier vor Ort, Sporthallen, Arztpraxen, Haltestellen der verschiedenen öffentlichen Nahverkehrsmittel, das Bürgerzentrum, sogar die City ist von hieraus fußläufig oder mit dem Fahrrad in wenigen Minuten zu erreichen. Ein Standort, der vor allem Familien und älteren MitbürgerInnen auf Grund der kurzen Wege zugute kommen soll. Wir setzen uns für eine gerechtere Wohnungsbaupolitik ein.

Für alle im Westen

Stadtteil kino West wird ein Jahr alt

Als im Mai 2009 mit „Stolperstein“ der Pilotfilm zum Stadtteil kino West in der Rosenau anlief, war es ein Experiment, das der Stadtteil kino Stuttgart e.V. gemeinsam mit den Jusos-West wagte. Mittlerweile hat sich das monatliche Kino im Nachbarschaftsformat etabliert. Zwar sind die Besucherzahlen seit dem leider unumkehrbaren Umzug von der Rosenau ins EKiz zurückgegangen, trotzdem finden sich jeden letzten Sonntag im Monat 10 bis 20 Besucher im Generationenhaus ein.

Als Ersatz für das 2008 geschlossene Kommunale Kino zeigt das Stadtteil kino hauptsächlich kleinere und alternative Produktionen, die in den großen kommerziellen Kinos häufig nur kurz oder gar nicht im Programm stehen. Mit den Eintrittspreisen von 3, bzw. 2 Euro müssen nur die Kosten für Filmrechte und Werbung gedeckt werden. Einen Gewinn zu erwirtschaften, ist nicht Ziel des Konzepts. Dies wäre aber mit dem gezeigten Programm und den üblichen Zuschauerzahlen aber auch gar nicht möglich. Um kosten-

deckend wirtschaften zu können, ist das Kino daher auf Unterstützung angewiesen. Diese gewährt momentan der Bezirksbeirat durch Übernahme der Werbekosten von ca. 30 Euro monatlich. Allerdings läuft die Förderung Ende des Jahres aus und wird nicht verlängert. Ob und wie das Stadtteil kino 2011 weitermachen kann, ist noch nicht gesichert. Spender sind deshalb genauso willkommen wie Publikum.

Informationen und Programm unter www.jusos-stuttgart.de/west

Für Anwohnerparken - seit 1993

2011 wird im Westen das Parkraummanagement eingeführt

Der Stuttgarter Westen gehört zu den beliebtesten Stadtteilen Stuttgarts. Man wohnt nicht nur gern hier, auch zum Arbeiten und Ausgehen ist der Stuttgarter Westen ein begehrter Stadtteil. Der Westen ist aber auch ein sehr dicht besiedelter Bezirk. So kommt es, dass sich Anwohner, Gewerbe und Besucher um die ohnehin knappen Parkplätze täglich einen Wettbewerb liefern.

Dieser, man kann fast täglich beim Wachsen zusehen, hat in den vergangenen Jahren ein Ausmaß an-

genommen, das die Wohnqualität der Anwohner nicht unerheblich beeinträchtigt.

Dieser Zustand muß ein Ende haben. Aus diesem Grund kämpft die SPD Stuttgart West bereits seit 1993 für ein Parkraummanagement. Die Vorteile hierfür liegen auf der Hand:

- Verbesserung der Wohnqualität
- Leichteres Finden von Parkplätzen für Anwohner und Gewerbe
- Verbesserung der Verkehrssicherheit vor allem für Kinder durch we-

niger „Wilde Parker“

- Aufwändige Parkplatzzuche entfällt

- Förderungen des ÖPNV durch weniger Einpendler

Bei dem im April 2011 beginnenden Parkraummanagement handelt es sich um ein sog. „Mischungsprinzip“. D.h. alle dürfen die Parkplätze nutzen, Anwohner bekommen einen Parkausweis. Das Parkraummanagement wird zunächst in einem Gebiet zwischen der Hasenberg/Reinsburgstrasse im Süden, der Gäubahntrasse im Westen, der Seiden/Paulinenstrasse im Osten eingeführt. Nicht berührt davon bleiben die beliebten Kurzparkplätze. Nach wie vor gilt hier: die ersten 30 Minuten sind kostenfrei.

Der Parkausweis für die Anwohner kostet jährlich 30,70 Euro im Jahr. Für Gewerbetreibende im Westen wird es unter Berücksichtigung bestimmter Punkte Ausnahmegenehmigungen geben.

Ein Flyer, der im Bürgerbüro erhältlich ist, klärt interessierte BürgerInnen über das Parkraummanagement auf und bietet weiterführende Information.

In der unteren Reinsburgstraße läuft ein Modellversuch für mehr Parkplätze

